

Deutschland und Ungarn im Dialog

Deutsch-Ungarisches Parlamentarierforum der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Stiftung Union für ein Bürgerliches Ungarn

Hotel President, Budapest, 31.10.2012

Am 31. Oktober 2012 kamen Mitglieder des deutschen und ungarischen Parlaments im Rahmen des deutsch-ungarischen Parlamentariertreffens der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) zum Thema „Deutschland und Ungarn im Dialog“ zusammen. Dazu lud die Konrad-Adenauer-Stiftung jeweils zwei Parlamentarier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Ungarischen Bürgerlichen Union (FIDESZ) zur Diskussion. Vertreten waren Arnold Vaatz MdB, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag, Manfred Grund MdB, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Gergely Gulyás MdNV, stellv. Vorsitzender der FIDESZ-Fraktion im Ungarischen Parlament, sowie Andor Nagy MdNV, Vorsitzender der Deutsch-Ungarischen Gruppe im Ungarischen Parlament. Die Moderation übernahm Bence Ervin Takács, Nachrichtensprecher beim öffentlich-rechtlichen ungarischen Fernsehen. Ziel dabei war es, sowohl Probleme zu benennen, als auch Wissenslücken aufzudecken und Missverständnisse zu klären. Eröffnet wurde die Diskussion durch Frank Spengler, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ungarn und durch György Granasztói, Stiftung Union für ein Bürgerliches Ungarn (SZPMA).

20 Jahre nach der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags mit Ungarn durch Helmut Kohl und József Antall am 6. Februar 1992 sei Ungarn an einem Scheideweg seiner Beziehungen mit der Europäischen Union (EU) und damit auch mit Deutschland angelangt. Bei seinem Besuch im Oktober sprach der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán in Berlin noch von „Europa im Aufwind“: Dieser Tage scheine es jedoch zunehmend schwierig zu sein für Ungarn, seinen Platz in der EU zu finden und von dieser als gleichberechtigter Partner anerkannt zu werden. Die These, dass Ungarn „im Herzen der Deutschen einen besonderen Stellenwert“ habe, wurde in diesem Kontext immer wieder aufgestellt. Fragwürdig sei in Zukunft allerdings, wie sich das bilaterale Verhältnis zwischen Ungarn und Deutschland weiterentwickeln

werde und was die beiden Länder unternehmen müssten um die gegenseitige Partnerschaft effektiv voranzutreiben.

Dieser Bericht bietet einen Überblick über die Debatte am 31. Oktober 2012, an der etwa 80 Teilnehmer aus Deutschland und Ungarn teilnahmen.

Das besondere Verhältnis der Deutschen zu den Ungarn

Frank Spengler, Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung, ging seiner Rede unter anderem auf den besonderen Stellenwert der ungarisch-deutschen Beziehung in Deutschland ein, die vor allem durch ähnliche Erfahrungen mit der kommunistischen Unterdrückung miteinander verwoben sei.

Auch heute, 20 Jahre nach der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags mit Ungarn durch Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident József Antall, habe Ungarn immer noch einen besonderen Platz im Herzen der Deutschen, so Frank Spengler. Die Revolution von 1956 habe damals Solidarität mit Ungarn hervorgerufen und die beiden Völker miteinander verbunden. Auch heute werde die Revolution als Ausdruck des Kampfs für die Freiheit gesehen und ohne die frühe Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ durch Ungarn würde es die EU in ihrer heutigen Form eventuell nicht geben.

Bei seinem Besuch in Berlin im Oktober sei Viktor Orbán allerdings mit gemischten Reaktionen empfangen worden. Vor allem der Vorsitzende der Partei Bündnis 90/Die Grünen Cem Özdemir übte scharfe Kritik an dem umstrittenen Mediengesetz der ungarischen Regierung. Dennoch betonte Viktor Orbán das traditionell gute Verhältnis der Ungarn zu den Deutschen: „Wir achten die Deutschen nicht nur, sondern wir mögen sie auch“, ließ er verlauten.

Den kritischen Unterton der deutschen Politik gegenüber dem ungarischen Mediengesetz griff auch György Granasztói (SZPMA) auf: Die Deutschen müssten über die aktuellen innenpolitischen Geschehnisse in Ungarn besser aufgeklärt werden, so Granasztói. Ohne Erklärung und weitergehende Information sei es

schwierig für Außenstehende, die Entscheidungen der Regierung Orbáns nachzuvollziehen. Es blieben dabei eine Menge Fragen offen, die der Klärung bedürfen, so Granasztói. Das deutsch-ungarische Parlamentarierforum gebe den Beteiligten dabei eine einmalige Gelegenheit, etwaige Probleme anzusprechen und Missverständnisse aus dem Weg zu räumen.

Die EU als christliche Wertegemeinschaft

Der deutsche Abgeordnete Arnold Vaatz konnte die Worte seines Vorredners durch seine persönliche Biografie illustrieren. Laut Vaatz sei die Delegation durch ihre Herkunft recht stark an Ungarn gebunden: Alle Mitreisenden seien aus der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR), würden also viele Erinnerungen an das Ungarn im Ostblock haben, das seit jeher ein beliebtes Reiseziel für viele Ostdeutsche gewesen sei. Die Kollegen würden dementsprechend einen völlig anderen Zugang zu der Thematik „Ungarn-Deutschland“ haben, so Vaatz. „Wir empfinden alle durchgängig eine Dankbarkeit gegenüber unseren ungarischen Freunden, die lebenslänglich anhalten wird“. 1989 sei eine ganze Generation aus einem repressiven System entlassen worden, von dem viele niemals erwartet hätten, dass es jemals enden würde, so Vaatz. Ungarn hätte in dieser Entwicklung eine große Rolle gespielt und auch nach der Wende maßgeblich dazu beigetragen, dass die Übergangszeit weitgehend friedlich verlief. Somit hätte es ohne Ungarn auch die Weiterentwicklung des europäischen Raums hin zur Europäischen Union so nie gegeben, resümierte er.

Ergänzt wurde Vaatz dabei von seinem deutschen Kollegen Manfred Grund. Dieser wies auf die christlich geprägte Wertevorstellung beider Länder hin. Insbesondere im Kontext der EU-Erweiterungen sei es wichtig, nicht die christlichen Grundwerte aus den Augen zu lassen, aus denen heutzutage auch die Menschenrechte abgeleitet würden, so Grund. Neben den historischen Verbindungen sei daher auch die gemeinsame Wertegemeinschaft der Ungarn und Deutschen nicht zu unterschätzen. Sowohl der FIDESZ als auch die CDU/CSU würden sich auf diese Traditionen berufen, wobei Ungarn sogar in seiner Verfassung explizit auf die christliche Tradition des Landes Bezug nehme.

Umstrittene Innenpolitik Ungarns

Als Vertreter des FIDESZ lenkte Gergely Gulyás das Thema auf die umstrittenen innenpolitischen Entwicklungen in Ungarn. Er räumte ein, dass die Regierung Orbán es versäumt habe, rechtzeitig Gesetzesänderungen auch im Ausland zu erläutern. Zukünftig müsse sich die Regierung ihrer Pflicht bewusster sein, die Gründe für neue Gesetzgebung auch im Ausland deutlich zu machen.

Die Kritik, die heute der Regierung entgegenschlage, sei allerdings überzogen und ungerechtfertigt. So entstehe im Ausland oft der Eindruck, dass die Opposition Ungarns völlig in die Peripherie gedrängt werde. In Ungarn sei der politische Umgangston eben rauer und politische Grabenkämpfe viel ausgeprägter als in anderen Staaten Europas. Es sei dabei nicht die Aufgabe Dritter auf diesen Prozess Einfluss zu nehmen, so Gulyás.

Des Weiteren müsse auch akzeptiert werden, dass die ungarische Wirtschaft durch die ungarische Politik international vertreten werde, unabhängig davon, wie die Politik in Ungarn aussehe. Er betonte hierbei, dass auch die EU diese Umstände hinnehmen und dementsprechend Ungarn als gleichberechtigten Partner ansehen müsse.

Er räumte dabei ein, dass bestimmte Teile des Mediengesetzes im Ausland falsch kommuniziert worden wären, betonte dabei aber gleichzeitig, dass die Korrekturmechanismen der ungarischen Staatsorganisation hierbei völlig ausreichend gewesen seien, um Missbrauch vorzubeugen. So hätte das ungarische Verfassungsgericht auch ohne die Ermahnung des Europäischen Gerichtshofes das Gesetz überprüft und die Vorschläge der verschiedenen Gremien innerhalb des Parlaments seien ebenfalls in den endgültigen Gesetzestext eingearbeitet worden.

Die EU habe sich vor allem selbst mit ihrer Kritik in dieser Angelegenheit keinen Gefallen getan. Oft sei überhaupt nicht klar gewesen, was genau die EU fordere und die zahlreichen Stimmen aus dem europäischen Ausland hätten die Angelegenheit unnötig verkompliziert. Dabei sei der Eindruck vermittelt worden, dass Ungarn ein

Land sei, in dem die Demokratie abgebaut würde, so Gulyás wörtlich. Dies entspreche nicht der Wahrheit.

Die EU muss Ungarn auf Augenhöhe begegnen

Unterstützung erhielt Gulyás hierbei von Andor Nagy, dem Vorsitzenden der Deutsch-Ungarischen Gruppe im Ungarischen Parlament, der ebenfalls betonte, wie wichtig der Dialog unter diesen Umständen sei. Auch er gab unumwunden zu, dass die Orbán-Regierung versäumt habe, Missverständnissen vorzubeugen. Ungarn sei daher zum Teil selbst schuld an seinem negativen Image. Dabei habe die Regierung vor allem mit Blick auf ungarische Interessen gehandelt, was von den ausländischen Partnern eventuell als Willkür aufgefasst worden sei. Hier hätte man zu spät auf die ausländische Kritik reagiert, räumte Nagy ein.

Dabei sei es sehr wichtig anzuerkennen, dass die Vorgaben aus Brüssel sich teils auf ungenügende Informationen stützen, es Ungarn aber auch erlaubt sein müsse, selbst seinen Weg zu suchen. So sei das staatliche Defizit Ungarns etwa wesentlich geringer ausgefallen, als von der vorangegangenen Regierung angenommen. Die Regierung Orbán habe dies unmittelbar nach ihrem Antritt erkannt und entsprechend gehandelt. Die EU allerdings habe sich nicht auf ungarische Einwände eingelassen und dementsprechend sei es zu vermeidbaren Konflikten gekommen. Es sei zum Beispiel einfach nicht möglich für die ungarische Regierung, die geforderten Kürzungen im Sozialbudget vorzunehmen. Die Bevölkerung, die auf die soziale Unterstützung der Regierung angewiesen sei, lebe bereits in verhältnismäßig schlechten Umständen, sie sei regelrecht ausgeblutet, so Nagy wörtlich. Es wäre daher völlig unverantwortlich gewesen, den Forderungen aus Brüssel Folge zu leisten.

In dieselbe Kerbe schlug auch Gulyás, der auf eine gewisse Doppelmoral in der EU selbst hinwies. In vielerlei Hinsicht gebe es ein neues und ein altes Europa, dessen Einfluss ungleichmäßig verteilt sei. Es scheine die Einstellung vorzuherrschen, dass die neuen Mitglieder sich zunächst an die Brüsseler Gegebenheiten anpassen müssen, bevor sie als gleichberechtigte Partner wahrgenommen werden würden.

Dabei sei gerade die EU auf dem Prinzip der Subsidiarität gegründet, was bedeute, dass die EU sich nicht in Gelegenheiten einmischen solle in denen die Mitgliedstaaten selbst kompetenter agieren können. Die Einhaltung dieser Prinzipien sei auch wichtig im Hinblick auf den Beitritt Ungarns zum Euroraum. Dass dies der richtige Schritt sei, stehe dabei außer Frage. Die EU stehe derzeit auf wackligen Beinen und mehr wirtschaftliche Integration sei der einzig richtige Schritt um zukünftigen Herausforderungen zu begegnen, so Gulyás.

Ungarn muss transparenter agieren

Arnold Vaatz ermutigte dabei seine Kollegen genau diese Probleme in Zukunft offensiver anzusprechen und zu vertreten. Es sei völlig richtig, dass Ungarn für sich beanspruche seine eigene Politik zu gestalten und auf EU-Ebene vertreten zu können. Ungarn müsse mit der EU auf Augenhöhe verhandeln können.

Zeitgleich müsse Ungarn aber auch die Bedürfnisse seiner Partner anerkennen. So kritisierte Vaatz etwa das Verhalten der ungarischen Regierung gegenüber ausländischen Investoren: Ungarn habe seine Reformschritte nicht plausibel kommuniziert, was ausländische Investoren stark verunsichert habe und auch für Ungarn im Endeffekt schädlich sei, so Vaatz. Auch die neue Körperschaftssteuer könnte über kurz oder lang zu Konsequenzen führen, die für Ungarn nicht vorteilhaft seien. Als Gegenvorschlag brachte er eine branchendifferenzierte Mehrwertsteuer ins Spiel, die zwar auch nicht gewünscht, aber immerhin von der europäischen Kommission geduldet sei. Er warnte aber gleichzeitig vor sozialen Verwerfungen, die entstehen könnten, wenn die Mehrwertsteuer von den Unternehmen auf den Endkonsument abgewälzt werden würden.

Auch der Abgeordnete Grund stand der branchenbezogenen Steuer kritisch gegenüber. „Wenn selbst die großen Firmen sich gegen solche Gesetze nicht wehren können, sendet das negative Signale an kleine Firmen, die gegenüber dem Staat noch weniger Gewicht haben“, sagte Grund dazu. Eine solche Einmischung des Staats in die Wirtschaft mache langfristig gesehen keinen Sinn und dürfe daher nicht weiter betrieben werden.

Fazit:

1. Ungarn muss besser dafür sorgen, dass seine internationalen Partner ausreichend Informationen über seine Vorhaben erhalten. In der Vergangenheit führte dies zu Unsicherheit und schlechter Presse, die die Regierung Orbán nur mühsam wieder aufarbeiten konnte. Vor allem Vertreter der Wirtschaft und Politik müssen verstärkt in den bilateralen Dialog eingebunden werden. Es könnte hilfreich sein, den Dialog auf Mitglieder der Zivilgesellschaft auszuweiten.
2. Die Europäische Union muss sich mehr auf ihre jüngeren Mitglieder, wie eben Ungarn einlassen. Bei vielen Mitgliedsländern hat sich der Eindruck durchgesetzt, dass Brüssel die Kompetenzen der ungarischen Politiker nicht anerkennt und die Brüsseler Politik ohne gemeinsame Koordination durchsetzen will.
3. Ungarn muss ein Klima der Rechtssicherheit für deutsche Firmen schaffen. Die neuen Steuergesetze haben viele Unternehmer verunsichert, was Ungarn langfristig schadet. Ungarn muss sich bewusst sein, wie wichtig es ist seine Investoren nicht durch rückwirkend geltende Rechtsprechung zu verschrecken. Auch hier ist es wichtig, dass Ungarn seine Kommunikation mit den Investoren verbessert.

(Benedikt Dams)